

Verlagssitz: Dresden
Einschreibstelle: In Dresden Stadt u. Umland, 10 Apf.
Auflage: 15 Apf.



Freiheitskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Bei das sie seinen Verbreitungsbereich schädlicher Zeitschriften bestimmte Platz zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Untergesetzte, der Landesfinanzämter, der Finanzämter, der Handelskammer, der Zollbehörden, der Reichsbanen und der Deutschen Bahn.

Nr. 358. Donnerstag, 24. Dezember 1936

Belegpreis: monatl. 2,40 RM. Einzelh. 41 Apf. Beitragsabrechnung bzw. Trägerzettel. Durch die Post 2,40 RM. Einzelh. 41 Apf. Zeitungsabrechnung (Apf. 42 Apf. Beitragsabrechnung). Bei Abholung in uns. Geldschaltern 2 RM. Schrein 10 Pf. mit Ausnahme der Beiträge. Bei Reisekosten infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Rückerstattung der Bezugsgeldzahl oder auf Entschädigung.

Belegpreis: Dr. offiz. Bericht, Nr. 15. Einzelh. ab dem Tage vor Weihnachten 15 Uhr, f. d. Sonntagsausg. freitags 17 Uhr, f. d. Montagsausg. Samstagsabend 15.30 Uhr. Verlag: Nationalsozialistischer Verlag, f. d. Gau Sachsen, Dresden-El. 1, Berlinerstr. 19. Telefonkette Dresden 39175. Geschäftsst. 8-15 Uhr. Sprechst. d. Schriftleitung 11-12 Uhr außer Sonntags. General-Correspondenten: 2500 St.

Deutscher in Sianfu getötet

Prof. Patscheider aus der Haft entlassen - Note Francos an England

Der Vormarsch der Nanking-Truppen

up Shanghai, 23. Dezember (Eig. Dienst)

Wie in Shanghai verlautet, ist der deutsche Zahnarzt Herbert Wunsch bei den Unruhen, die sich im Anschluß an die Festnahme Marschall Tschiangkaisches durch Marschall Tschangkuoliang in Sianfu entwickelten, ermordet worden.

Der Arzt war vor einiger Zeit aus Shanghai nach Sianfu gerufen worden, um die Jähne des Rebellen Tschangkuoliang zu behandeln. Anschließend hatte Dr. Wunsch in Sianfu eine eigene Praxis aufgemacht.

Eine reine Expressum

Frau Tschangkaische, die sich, wie gemeldet, mit dem Flugzeug nach Sianfu begaben hatte, um entweder bei dem von Moskau besuchten Rebellenführer Tschangkuoliang die Freilassung ihres Mannes, des Marschalls Tschangkaische, durchzusetzen oder mit ihm die Gefangenenschaft zu teilen, wurde in Begleitung ihres Bruders, des Finanzministers und Präsidenten Sung, nach ihrer Ankunft von dem Rebellenführer empfangen. Es fanden Verhandlungen über die Bedingungen der Freilassung des Marschalls statt, für die der mosaphütige Rebell nach deutschem Geld etwa 230 Millionen RM forderte. Frau Tschangkaische wurde es auch gestattet, in Anwesenheit des Rebellen mit ihrem gefangengesetzten Manne zu sprechen. Sung wird voraussichtlich Donnerstag nach Nanking zurückkehren, um der Regierung über die Verhandlungen Bericht zu erstatten. Frau Tschangkaische bedauert, vorläufig in der Nähe ihres Mannes zu bleiben.

In Nanking macht man sich darauf gefaßt, daß die Verhandlungen über die Freilassung Tschangkaisches noch mehrere Tage andauern werden. Man erläßt, daß während dieser Zeit keine Luftangriffe auf Sianfu unternommen werden. In der Stadt ist die Stimmung gebändigt, jedoch noch optimistisch. Oftentliche Vergnügungen aller Art sind eingestellt worden.

Zwischenzeitlich haben Nankinger Kavallerie truppen Weinen an der Strecke Tungkwan-Sianfu eingenommen. Die Truppen Tschangkaisches haben sich in Unordnung zurückgezogen. Tagtäglich überstiegen Regierungsflugzeuge die Provinzhauptstadt Sianfu, um ein Entkommen Tschangkuoliangs im Flugzeug zu verhindern.

Aufmarsch zum Krieg

Während diese Verhandlungen in Sianfu stattfinden, deuten alle Anzeichen darauf, daß es wieder zu einem schweren Bürgerkrieg in China kommt, bei der die eine Partei, der nur um seiner Haussmacht und um die Vermehrung seines zusammengezauften Vermögens bedachte Rebell Tschangkuoliang

liang von Moskau unterstützt wird, während die Regierung in Nanking, die das Leben des „Einigers von China“, Tschangkaische, retten will, unter allen Umständen ihre Macht wieder herstellen muß. Gelingt ihr das nicht, so wäre Japan gewungen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um seine großen Interessen in China und der Mandchukuo zu retten. Japan hat die chinesische Zentralregierung in Nanking bereits darauf aufmerksam gemacht, daß sie unter keinen Umständen eine Ausbreitung des Bolschewismus in China dulden wird. Der Rebell Tschangkuoliang beschäftigt sich, militärische Hilfe von dem Kommunistengeneral Kangxi Mao Tse-tung zu erhalten, der über eine Armee von etwa 100 000 Mann verfügt und als persönlicher Freund Stalins gilt. Zwischen Moskau und diesem General ist gerade in den letzten Wochen ein sehr intensiver Funkverkehr festgestellt worden.

Der rote Drahtzieher

Der Plan des Staatsstreichs in Sianfu ist aller Wahrscheinlichkeit nach auf Ying

Tetien zurückzuführen, der als das „Hirn“ der Tschangkuoliang umgebenden Kommunistengruppe bezeichnet wird. Ying Tetien, der die Columbia-Universität in New York besucht hat, trat schon im Amerika der Kommunistischen Partei bei und stand dem kommunistischen Präsidentschaftskandidaten Browder nahe, der früher die kommunistische Propaganda für Ostasien zunächst von Shanghai, dann von Sianfu aus leitete. Der von den Kommunisten beschlossene Operationsplan sah den Anschluß der in Nanking stehenden Truppen und den gemeinsamen Vormarsch zur Herstellung der zwischen Verbindung mit der bolshewistischen östlichen Mongolei vor. Inzwischen sollte durch die Gefangennahme Tschangkaisches die Nankinger Regierung lahmgelegt werden.

Kampf um ein Gefängnis

In der südlich von Beijing gelegenen Stadt Kaotinglu befleißt eine Gruppe bewaffneter Männer das Stadtgefängnis, in dem etwa 600 politische und andere Gefangene untergebracht waren. Die Behörden alarmierten Regierungstruppen, denen es nach längerer Zeit gelang, das Gefängnis in ihre Hand zu bekommen. Bei dem Sturm auf das Gefängnis wurden viele Gefangene getötet. Die bewaffnete Gruppe konnte vollständig entkommen.

Patscheider von den Tschechen begnadigt

Am Mittwoch aus dem Kerker entlassen - Sieht Prag sein Unrecht ein?

Prag, 23. Dezember

Der Troppauer Gymnasialprofessor Dr. Richard Patscheider und der Proletarist Paul Lamatsch, die von den Tschechen am 24. März 1936 in dem großen Schwergesetzprozeß gegen 18 Sudetendeutsche zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt worden waren, sind am Mittwoch begnadigt aus der Haft entlassen worden.

Beiden Verurteilten wurde im gesamte zweieinhalb Jahre andauernde Untersuchungshaft, die vom Gericht nicht berücksichtigt worden war, sowie die Haft von der Verurteilung bis zum Strafantritt am 4. Dezember angerechnet. Das Gesuch um begnadigten Strafnachlass eines Drittels der Strafe war am Mittwoch von der Gerichtskommission zustimmend erledigt worden, worauf Patscheider und Lamatsch sofort aus der Haft entlassen wurden.

Der sog. Patscheider-Prozeß hatte seinerzeit weit über die Grenzen des sudeten-deutschen Gebietes hinaus Aufsehen erregt, rückten sich doch die Anklagen der tschechischen Behörden auf die bloße Annahme einer „jährlichen Tredenta“, deren Existenz jedoch nicht im geringsten nachgewiesen werden konnte. Das Verfahren stand in Verbindung mit jener von den Tschechen brutal durchgeföhrten Verfolgungskktion, die mit der Auflösung der Deutschen Nationalsozialistischen Partei und der Einstellung der Tätigkeit der Deutschen Nationalpartei verbunden war.

Nach diesen Haftsuchungen und zahlreichen Verhaftungen hatten die tschechischen Behörden schließlich 19 Sudetendeutsche wegen Hochverrats angeklagt. Nicht weniger als 50 000 Schriftstücke waren im Laufe der Untersuchungen von den Schergen der Prager Deutschenhauser beschlagnahmt worden. Die Mindestwettigkeit der in der neuständigen Anklageschrift vorgebrachten „Beweisdokumente“ wird deutlich, wenn man erfährt, daß dem Angeklagten Professor Dr. Patscheider sogar Auf-

sichtsleiter seiner Schüler vorgehalten wurden, in denen Themen wie „Die kulturelle Einigung der Deutschen“ usw. behandelt waren.

Das Verhör der Angeklagten, das mehrere Wochen im Anpruß nahm, brachte leider keine Bestätigung für den in der Anklage enthaltenen Vorwurf, daß sie sich zu Anschlägen gegen die tschechoslowakische Republik vereinigt und mit einer fremden Macht in Verbindung gestanden hätten. Trotzdem brachte es die tschechische Justiz fertig, geistige Kämpfer um die Gestaltung der Jugendbewegung im Sudetenland zu „nationalen Anarchisten“ zu stempeln. Während die Anträge der Verteidigung zum größten Teil abgelehnt wurden, durfte sich der Staatsanwalt in langen politischen Erfahrungen über die „Staatsgefährlichkeit“ der jüdischen Bestrebungen ergeben, ohne jedoch dabei irgendwie mit belastendem Tatsachenmaterial aufzuwarten zu können.

Wenn sich jetzt die Prager Behörden nach fast drei Jahren zu einer Milderung des gegen die unbescholtene Angeklagten verhängten hohen Kerkerstrafen verstanden haben, so wollen wir das als Beweis dafür verbuchen, daß man inzwischen auch in Prag eingesehen hat, daß dieses auf durch nichts gerechtfertigte Annahmen gestützte Urteil praktisch den tschechischen Staat selbst anklagte und es nötig war, eine Entgleisung rüdigängig zu machen, die für die gesamte tschechoslowakische Justiz einen einzigen Skandal bedeutete.

Man möchte hoffen, daß sich die verantwortlichen tschechischen Politiker nun auch bald zu einer Revision der übrigen von blaudüstigem Hochdictieren Urteilsprache gegen Sudetendeutsche veranlaßt sehen. Das würde den ersten praktischen Schritt zu jener Verständigung bilden, von der man bisher nur etwas in höchst theoretischen Reden, nie aber in den Taten der Prager Machthaber feststellen konnte.

Dr. L.

Jüdische Protestkomödie

Gegen das Urteil von Chur

Paris, 23. Dezember (Eig. Bericht)

Der jüdische Mörder Frankfurter kann sich auf seine Rassegenossen verlassen. In Paris hat in diesen Tagen ein „Internationaler Ausschuß gegen Krieg und Faschismus“ eine öffentliche Kundgebung veranstaltet, um gegen das Urteil von Chur zu protestieren. Es ist unnötig, zu sagen, daß dieser Internationale Ausschuß vollständig unter jüdischem Einfluß steht. Die dort gehaltenen Verteidigungsreden für den Mörder Wilhelm Gustloff waren eine einzige Bejublung der Justiz der Schweiz, die ja wohl auch nach Pariser Sprachgebrauch noch unter die demokratischen Staaten gerechnet wird.

Manche Redner bedienten sich des jiddischen Jargons. Sie verlangten Wiederaufnahme des Prozesses und Freispruch des Mörders, der nach der Verjährung eines vergangenen Radikal- sozialisten als politischer Mörder von französischen Richtern freigesprochen worden wäre. Da versteckter Weise wurde lästiglich zu weiteren Terroraktionen ermuntert, denn anders kann man die Worte eines Redners „Es laufen noch viele Guerillas in der Welt herum...“ nicht auslegen. Selbstverständlich sprachen die jüdischen Redner ihre volle Übereinstimmung mit den Zielen der Sowjets, besonders auch im spanischen Bürgerkrieg aus.

Ganz von Gott verlassen

Sowjetdiplomaten demaskieren sich

Moskau, 23. Dezember

Zwischen der Komintern, dem Zentralrat des Gottlobenverbands und dem Moskauer Außenministeriat, ist ein Abkommen geschlossen worden, nach dem sich alle Sowjetdiplomaten und Beamten des Außenministeriat des Gottlobenbewegung anschließen müssen. Allen Beamten des Außenministeriaten, die noch nicht ihre Aufnahme in die Organisation des Gottlobenverbands beantragt haben, ist nahegelegt worden, ihren Eintritt bis zum 1. Januar 1937 zu vollziehen.

Die meisten „großen“ Sowjetdiplomaten, fast ohne Ausnahme jüdischer Rasse, sind bereits bewährte Mitglieder der „Gottloben“, so auch der bolschewistische Botschafter bei den Madritter Kommunisten, Rolenberg. Sie sind schon mehrfach wegen ihrer Verdienste um die Gottlobenpropaganda ausgezeichnet worden. Auch alle Leiter und Beamten der Sowjethandelsvertretungen im Ausland sind der Gottlobenorganisation beigetreten. Von Herrn Litwinow-Gintelstein ist bekannt, daß er mit Frau und Kindern seit langem dem Gottlobenverband angehört und vor kurzem sogar zum „Ehrentgottoßen“ ernannt wurde.

Trothi findet Gesellschaft

up Megito-Stadt, 23. Dezember (Eig. Dienst)

Der mexitlanische Innensenator Guerero erklärte am Mittwoch im Zusammenhang mit der bevorstehenden Einreise Trothi nach Merito, daß Trothi genau so wie jeder andere politische Flüchtling behandelt werden würde, der in Merito im Exil lebt. Heute leben etwa 5 000 Kommunisten in Merito, die aus anderen Ländern, größtenteils lateinamerikanischen Staaten, ausgewichen wurden und geflüchtet sind. Viele von ihnen besiedeln sogar Regierungsräume und entwickeln eine beträchtliche kommunistische Aktivität.

Gefecht mit aufständischen Indern

Rückzug der britischen Truppen?

London, 23. Dezember

Die an der Nordwestgrenze Indiens im Kachora-Tal tätige britische Streitexpedition wurde erneut in ein Gefecht mit den aufständischen Indern verwickelt, bei dem ein englischer Offizier getötet, ein weiterer englischer Offizier und drei britische Soldaten verwundet sowie zwei indische Soldaten getötet wurden. Außerdem ist eine der Infanteriebrigaden gezwungen worden, zurückzugehen, da die militärische Verantwortung davon spricht, daß die Brigade von 200 Grenzstammern „verfolgt“ worden sei, die jedoch verdrängt wurden. Das Gefecht fand in unmittelbarer Nähe der Engedad statt, in der vor etwa einem Monat eine britische Kolonne überfallen wurde, wobei sie 19 Tote und 112 Verwundete verlor.

Die Schweiz erkennt das Imperium an

Bern, 23. Dezember

Die Schweizerische Gesandtschaft in Rom erhält den Auftrag, der italienischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß der schweizerische Bundesrat die italienische Souveränität über das äthiopische Gebiet anerkenne und demzufolge das genannte Gebiet als zum Konkurrenzkreis gehörig betrachte, das der Gesandtschaft direkt unterstellt sei.

Aus wohlinformierten Kreisen in Brüssel wird mitgeteilt, daß nach dem Beschuß der französischen und englischen Regierung, in Addis Abeba Generalkonsulate einzurichten, die belgische Regierung in kurzem diesem Beispiel folgen werde.